

Öffentliche Ausschreibung für den Bau neuer Atomkraftwerke Seite 12

Keine Tristesse in Genf über Calmy-Reys schlechte Wahl Seite 12

Zentralschweiz spricht sich für Pauschalbesteuerung aus Seite 13

Neue Kostenprognosen für Tiefenlager der Nagra Seite 15

Klares Votum für mehr Entwicklungshilfe

Für den Ständerat geht es um eine «Investition in die Position der Schweiz in der Welt»

Im Tauziehen um eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe dürften sich die Befürworter durchsetzen. Der Ständerat hat bereits so entschieden, und der Nationalrat lenkt schrittweise ein.

Beat Waber, Bern

Der Streit um die öffentliche Entwicklungshilfe ist alt. Kritiker verweisen auf einzelne Fehlentwicklungen, die Korruption in manchen Empfängerländern, ziehen private Investitionen vor und bezweifeln den Nutzen staatlicher Hilfe grundsätzlich. Befürworter bestreiten Rückschläge zwar nicht, sehen die Schweiz als relativ reiches Land angesichts der grossen Not in vielen Ländern aber in der humanitären Pflicht und erinnern daran, dass die Hilfe zu einem guten Teil in Form von Aufträgen für kleine und grössere Schweizer Unternehmen zurückfliesst.

Echte und unechte Erhöhungen

Nach diesem Muster verlief am Donnerstag auch die Debatte im Ständerat. Grundlage bildete eine Vorlage des Bundesrats, mit der die Schweiz das an internationalen Konferenzen abgegebene Versprechen, die Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationalinkommens (BNE) anzuheben, schrittweise einlösen will. Die Schweiz bewegt sich damit im Mittelfeld; die Uno hatte schon vor Jahrzehnten das Ziel von 0,7 Prozent deklariert. Zurzeit liegt die Quote unseres Landes bei gut 0,4 Prozent. Es gibt indes von Jahr zu Jahr grössere, primär buchhalterisch begründete Schwankungen: Die Wirtschaftskrise drückte den Anteil optisch nach oben, ohne dass die Hilfe nominal zunahm; Schuldenerlasse, die der Hilfe angerechnet werden, fallen unregelmässig an, und in der Vergangenheit wurde die Rechnungsbasis aufgrund internationaler Standards verändert – so werden die Kosten für Asylsuchende nun zum Teil ebenfalls angerechnet.

Der Bundesrat will das deklarierte Ziel bis 2015 erreichen. In einem ersten Schritt sollen die Mittel um insgesamt 640 Millionen Franken erhöht werden, wovon 2011 effektiv 143 und 2012 261 Millionen anfallen. Bis 2015 geht es, je nach Wirtschaftswachstum, um eine Erhöhung von gegen 1 Milliarde Franken



Frauen des Dorfes Querura (Peru) arbeiten an einer Trinkwasser-Zuleitung, einem Projekt, das die Deza unterstützt. Y. KUSANO / KEYSTONE

pro Jahr. Zurzeit beträgt die öffentliche Entwicklungshilfe (ohne Asylleistungen) 1,7 Milliarden. Der Grossteil der Mittel fliesst über die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) im EDA in bilaterale und multilaterale Projekte, der kleinere Teil über das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im EVD in die wirtschaftliche Aufbauhilfe. Die Schwerpunkte der geplanten Aufstockung liegen bei der Versorgung armer Bevölkerungsgruppen mit sauberem Wasser sowie bei Anpassungen, welche der Klimawandel in Entwicklungsländern erfordert; dazu hatte sich die Schweiz an der Klimakonferenz in Kopenhagen verpflichtet.

Eugen David (St. Gallen, cvp.) warb im Ständerat namens der Aussenpolitischen Kommission für die Erhöhung. Es gehe nicht nur um Wohltätigkeit, sondern auch um «eine Investition in die Position der Schweiz in der Welt». Unser Land sei darauf angewiesen, Netzwerke aufzubauen und sich Goodwill zu verschaffen. Die Entwicklungs-

zusammenarbeit sei dafür nicht der einzige, aber ein wichtiger Beitrag. Liliane Maury Pasquier (Waadt, sp.) ergänzte, die Mittel hinkten den Bedürfnissen immer noch weit hinterher. Es gehe nicht um Peanuts: Die Differenz zwischen 0,45 und 0,5 Prozent BNE entscheide darüber, ob 900 000 Menschen Zugang zu sauberem Wasser erhielten. Auch Felix Gutzwiller (Zürich, fdp.) plädierte dafür, frühere Vorentscheide umzusetzen. Länder in schlechterer Finanzlage wie Grossbritannien leisteten seit langem mehr und würden ihren Beitrag noch weiter erhöhen.

Finanzpolitische Einwände

Den Kontrapunkt setzte der Präsident der Finanzkommission, Pankraz Freitag (Glarus, fdp.). Die geplante Erhöhung werde Kürzungen in anderen Bereichen erfordern, damit die Schuldenbremse eingehalten werden könne. Ob denn bei Verkehrsprojekten oder bei der Bildung gespart werden solle? Er beantragte,

sich mit 0,45 Prozent BNE zu begnügen; auch so ergäbe sich noch eine markante jährliche Zunahme. Mit 26 zu 13 Stimmen folgte der Ständerat aber Bundesrat und Aussenpolitische Kommission. Auch Befürworter erklärten allerdings, für die Zeit nach 2012 sei damit noch nichts entschieden. Ob die hohe Zuwachsrate weitergeführt werden könne, müsse man mit der Botschaft für die Jahre 2013 bis 2016 anschauen, sagte etwa Urs Schwaller (Freiburg, cvp.), und die zuständigen Bundesräte Micheline Calmy-Rey und Johann Schneider-Ammann nickten zustimmend.

Diskussionslos angenommen wurden zwei Vorlagen für die Weiterführung der Osthilfe und für die Beteiligung an Kapitalerhöhungen multilateraler Entwicklungsbanken. Der Nationalrat wird über die Vorlagen erst im kommenden Frühjahr entscheiden. Er war in letzter Zeit auf die Bremse getreten, gab am Donnerstag in der Differenzvereinbarung zum Budget 2011 aber bereits weitgehend nach.

Nüchterne Verpflichtung

Vertrauen in die Entwicklungshilfe

C. W. · Der (einst) als konservativ geltende Ständerat ist beim Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit mutiger und konsequenter als der Nationalrat. Eine über die kurzfristigen Interessen hinausblickende, durchaus bürgerliche Politik scheint sich im abgeklärten «Stöckli» besser durchzusetzen als in der polarisierten Volkskammer.

Die Argumentation war überwiegend nüchtern: Die Schweiz hat in einer Welt, von deren partiellem Zusammenwachsen sie profitiert, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Nachdem sie die Krise, unter der arme Länder stark zu leiden hatten, erstaunlich gut überstanden hat, steht es ihr in der Tat gut an, ein Mehreres zu tun. Welches Wachstumstempo das Parlament als Ganzes schliesslich anschlagen und auch durchhalten wird, ist noch offen. Selbst für einen finanzpolitischen Kompromiss wäre aber ein klarer Eckwert gesetzt.

Für die Behörden der Entwicklungszusammenarbeit besteht nun allerdings kein Anlass zur Selbstzufriedenheit. Zwar brauchen sie allgemeine Einwände wie den Verweis auf die entscheidende Rolle der Privatwirtschaft nicht zu fürchten – ohne Bildung, Infrastruktur und funktionierende Institutionen wird kaum in produktive Arbeitsplätze investiert. Aber die Aufgaben selbst bleiben anspruchsvoll und viele Lösungen umstritten. Mit «Wasser» und «Klima» hat der Bundesrat für die Verwendung der zusätzlichen Mittel unverfängliche Schwerpunkte gewählt. Ebenso wichtig, aber riskanter und weniger gut sichtbar sind das Engagement für die Reform staatlicher Strukturen und die Mitwirkung in internationalen Organisationen. Auch in dieser Hinsicht haben die Verantwortlichen Rechenschaft abzulegen und sich der Debatte zu stellen.

Nicht zuletzt bleibt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) selber unter Beobachtung. Bundesrätin Calmy-Rey ist es zwar gelungen, Kritik aufzufangen und den Eindruck von «Kontrolle» zu wecken. Die Frage nach der Rolle der Entwicklungspolitik im Netz des globalen Agierens hat sie aber nicht wirklich geklärt, und der Zustand der Deza ist nach dem unfreiwilligen Abgang zweier Führungskräfte erneut instabil. Das parlamentarische Vertrauen ist nun gut zu nutzen.

Nur einmal pro Jahr eine Billag-Rechnung

Reduktion der Spesen

(sda) · Ab dem Jahr 2011 erhalten die Schweizer Haushalte nur noch einmal Post von der Billag. Bis anhin sind die Radio- und Fernsehgebühren vierteljährlich erhoben worden. Die Billag rechnet mit Einsparungen von etwa 10 Millionen Franken. Allein 6 Millionen Franken würden dabei die wegfallenden Spesen für den Zahlungsverkehr ausmachen, schreibt die Billag in einer Mitteilung vom Donnerstag. Die Einsparungen sollen sowohl der SRG als auch den Privatsendern zugutekommen.

Kunden, welche die Gebühren weiterhin alle drei Monate begleichen wollen, müssen dies der Billag mitteilen. Zu diesem Zweck hat das Unternehmen auf seiner Website ein Formular aufgeschaltet. Die quartalsweise zugestellte Rechnung kostet den Konsumenten jeweils 2 Franken. Dies hatte der Bundesrat zusammen mit der Umstellung auf eine jährliche Rechnung im Juni 2010 entschieden. Die rund drei Millionen Kunden werden nach dem Zufallsprinzip in zwölf Gruppen eingeteilt. Jeden Monat erhält eine Gruppe die Jahresrechnung.

Anstieg der Tierschutz-Straffälle

Die Stiftung für das Tier im Recht fordert eine strengere Gerichtspraxis

Die Zahl der Tierschutz-Straffälle ist im letzten Jahr um 230 auf 955 Fälle angestiegen. In einigen Kantonen komme es aber trotz Vergehen nicht zu Strafverfahren, kritisiert die Stiftung für das Tier im Recht.

(sda) · 955 Tierschutz-Straffälle sind im vergangenen Jahr in der Schweiz registriert worden. Dies hat die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) am Donnerstag in Zürich bekanntgegeben. 2009 wurden 230 Fälle mehr als im Vorjahr verzeichnet – ein Höchststand im Rahmen dieser Erhebungen. Handlungsbedarf sieht die TIR bei der Durchsetzung des strafrechtlichen Tierschutzes. Die wichtigsten Forderungen hat die Stiftung in einen 12-Punkte-Katalog gefasst.

Kantonale Unterschiede

Die TIR analysiert die Daten des Bundesamts für Veterinärwesen und führt seit 2004 eine Datenbank über sämt-

liche Entscheide, die aufgrund des Tierschutzgesetzes gefällt wurden. Bis heute sind dies rund 7500 Fälle. Die Zahlen in den einzelnen Kantonen sind laut der TIR sehr unterschiedlich. Mit 244 Fällen im Jahr 2009 liegt St. Gallen an der Spitze, vor Bern mit 196 und Zürich mit 172 Fällen. Auch gemessen an der Einwohnerzahl liegt St. Gallen mit 5,14 Fällen pro 10 000 Einwohner ganz vorn, es folgen Appenzell Innerrhodens und Bern. Glarus und Uri haben 2009 keinen einzigen Tierschutzfall gemeldet. Auch bei einer Rückschau bis 1982 sind die beiden Kantone kaum vertreten.

Dass dort tatsächlich weniger gegen das Tierschutzgesetz verstossen werde, sei leider nicht zu vermuten, heisst es im TIR-Jahresbericht. Deutlich «zu tief» seien die Fallzahlen auch in Appenzell Ausserrhodens, im Wallis sowie in Nid- und Obwalden.

Auffälligkeiten zeigen sich auch im Kanton Luzern, wo 2009 nur 7 Fälle gemeldet wurden, gegenüber 38 im Jahr 2008. Grund dafür sei die Praxis des Kantonstierarztes, Tierschutz-Straffälle in Verwaltungsverfahren abschliessend

zu beurteilen. Weil es sich aber um Offizialdelikte handle, müsse ein Strafverfahren eingeleitet werden, sonst sei dies eine Amtspflichtverletzung, erklärte Michelle Richner von der TIR. Im Bericht der Stiftung wird auch die Anwendung des Tatbestands der Zoophilie kritisiert. Die Behörden seien mit den Bestimmungen über sexuell motivierte Handlungen mit Tieren wohl zu wenig vertraut.

Vernachlässigte Reptilien

Als besondere Opfer von Tierquälerei sieht die TIR Terrarienbewohner: Reptilien, Amphibien und Spinnentiere seien zwar hochentwickelte, leidensfähige Tiere. Sie könnten dem Menschen aber ihre «Emotionen» kaum deutlich machen. Besonders wichtig sei daher eine gute Fachkenntnis von Händlern und Haltern. Besser hinschauen müsse man auch bei der Lebendfütterung. Diese ist zwar seit 2008 verboten, aber noch immer würden Mäuse, Ratten oder Küken bei lebendigem Leib beispielsweise an Schlangen verfüttert.

ANZEIGE



Wahre Werte zählen – mehr denn je...

Wintersaison:
15. Dezember 2010
bis 25. April 2011

Anne-Rose und Thomas Walther
Tel. +41 (0)81 839 36 36
info@hotelwalther.ch
www.hotelwalther.ch

